

# Schweizerische Sicherheitspolitik und die EU

Für die Zukunft ist es wichtig, dass sich die Neutralität nicht zum Hindernis für unsere Sicherheit entwickelt.  
(Sicherheitspolitischer Bericht 1999)

## These

Obschon die Verteidigung nicht mehr der Hauptauftrag der Armee ist, dürfen die Leistungen der Armee aus Neutralitätsgründen nicht im Rahmen europäischer Strukturen erfüllt werden.

## Beurteilung

Moderne Risiken sind transnationaler Natur. Realistische Lösungen müssen sinnvollerweise auf internationaler Ebene erarbeitet werden. Dies umso mehr als sich die europäischen Länder Risiken gegenüber sehen, die nicht durch den primären Einsatz militärischer sondern polizeilicher Mittel und im internationalen Verbund begegnen lassen.

Für die EU-Staaten gilt es die klassische einzelstaatliche Verteidigungspolitik nicht mehr. In kleinen Schritten entsteht in Europa eine aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Gemeinschaft, in deren geografischem Zentrum sich unser Land befindet und von deren Entwicklung wir ebenso betroffen sind, wie wir es schon heute von der Dynamik der wirtschaftlichen und monetären Integration in Europa sind.

Es wäre zu wünschen, dass hierüber eine breite öffentliche Debatte in Gang kommt. Es gilt den Beweis zu erbringen, dass wir sicherheitspolitisch anpassungs- und reformfähig sind – und dies in einem kontinentalen Zusammenhang.

.Vollwertig kann ein Land, das seiner Sicherheitsvorsorge eine hohe Bedeutung beimisst, zur Sicherheitspolitik des Kontinents nur dann nachhaltig beitragen, wenn diese integriert ist. Im Moment ist die Schweiz gezwungen, die in der NATO und in der EU anstehenden Weichenstellungen in ihrer Planung zu berücksichtigen, ohne darauf Einfluss zu nehmen.

Warum bereitet uns die Diskussion über einen Beitritt zu einem freien militärischen Bündnis derartige Mühe? Warum muss der Bundesrat derart kategorisch betonen, dass ein solcher nicht zur Diskussion steht? Wie lassen sich diese Berührungängste erklären?

## Analyse

Jahrhundertlang war es **Aufgabe der Sicherheitspolitik**, einen Angriff von Aussen abzuwehren und zur Prävention und Eindämmung von Gewalt im Inneren beizutragen.

„**Klassische**“ **Kriege**, d.h. bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Staaten, sind seit Ende des Kalten Krieges in Europa verschwunden.

Ebenso selten sind – zumindest in Europa – Einsätze der Streitkräfte zur Wahrung der **inneren Sicherheit**.

Hingegen verbleibt – im Moment eher tendenziell - die Bedrohung durch mit Nuklearsprengköpfen bestückte Langstreckenraketen aussereuropäischen Ursprung. Immerhin sind mehr als 70 Staaten im Besitz von Raketen oder "Cruise Missiles" oder können diese herstellen.

Neu – zumindest im Ausmass – ist die **Bedrohung durch den Terrorismus**, vor der grundsätzlich kein europäischer Staat gefeit ist.

Diese neue Lage hat in Europa zu einem **Überdenken des sicherheitspolitischen und vor allem des verteidigungspolitischen Konzepts und des Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten und zur NATO** führen.

## Die sicherheitspolitische Zusammenarbeit in der EU

Von zentraler Bedeutung ist der Beschluss des EU-Gipfels von Helsinki vom Jahr 2000 ein **europäisches Eingreifkorps** in der Stärke von 60'000 Soldaten zu bilden, das nach einem zeitlichen Vorlauf von rund 60 Tagen während maximal zwei Jahren selbständig für stabilisierende Operationen in Krisenregionen im Sinne der sog. "Petersberg-Aufgaben"<sup>1</sup> eingesetzt werden kann.

**Jeder Mitgliedstaat entscheidet frei** darüber, wie viel er zum Eingreifkorps beiträgt sowie ob und wie im Einsatzfall seine Truppen mitwirken.

Mit dem Entscheid von Helsinki haben die EU-Regierungen beschlossen, **den europäischen Einigungsprozess auf die Sicherheitspolitik auszudehnen**. Nach der Wirtschaftsunion und der Währungsunion wird jetzt eine Europäische Sicherheitsunion als logische Folge der Gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik angestrebt.

Dennoch bleibt die **Atlantische Allianz die Hauptgestalterin von Europas Sicherheit**. Dieselben Truppenkörper werden inskünftig sowohl der NATO wie der EU dienen.

Immerhin mehren sich die Stimmen, welche **Sinn und Zweck der NATO** zu hinterfragen beginnen.

Es geht also im Nachgang zu den Ereignissen vom 11. Septembers 2001 darum, **die Rolle der beiden Bündnisse** besser zu definieren. Auch dürfen die NATO-Mitglieder, die (noch) nicht Mitglieder der EU sind (Türkei, Norwegen), nicht diskriminiert werden.

## Die Position der neutralen und bündnisfreien Mitgliedstaaten

Alle europäischen Staaten sind **sicherheitspolitisch in einem wachsenden Dilemma**.

**Dies gilt ganz besonders für jene Staaten, die sich ursprünglich als neutral bezeichnet haben**. Nicht unter dem Druck anderer EU-Staaten sondern aus eigenem Antrieb und Interesse haben sie ihre Neutralitätspolitik überprüft und angepasst, wenn nicht überhaupt abgeschafft.

Bezeichnend die Aussage, auch die **Allianzfreiheit** werde das gleiche Schicksal erleiden wie die Neutralität. Österreich fordert, dass eine **Beistandsgarantie zwischen den EU-Staaten in den EU-Rechtsbestand aufgenommen wird**: "Es ist auf die Dauer nicht befriedigend, bei allen Kriseneinsätzen Solidarität zu üben, aber in Fragen der europäischen Verteidigung keine Mitentscheidungsmöglichkeiten zu haben und keine Sicherheitsgarantien in Anspruch nehmen zu können. Österreich verzichtet damit auf den höchstmöglichen Standard an Sicherheit, der in Europa verfügbar ist." (Div Günther Greindl). Gemeint ist damit, dass **mit der EU-Mitgliedschaft die Neutralität keine**

**sinnvolle Funktion mehr haben kann.** Der österreichische Nationalrat hat im Dezember 2001 die verfassungsrechtlich verankerte Neutralität zur **Allianzfreiheit** umfunktioniert

In Österreich und Schweden wird die Frage eines **NATO-Beitritts** periodisch diskutiert und als logische Folge der neuen Situation bezeichnet. Von einem raschen Beitritt will man jedoch absehen. Man will in beiden Ländern intensiv **die EU-Karte spielen** mit dem Argument, die NATO sei ein Kriegsbündnis, die EU hingegen eine Friedensallianz. Es wird jedoch anerkannt, dass ein NATO-Beitritt die Sicherheit optimieren würde.

**Eine klassische einzelstaatliche Verteidigungspolitik** gibt es für die EU-Staaten als solche nicht mehr. Rückfälle in eine Nationalisierung der Verteidigung sind nirgends auszumachen.

## **Bedeutung für die Schweiz**

In der Schweiz – in zwei Weltkriegen verschont und aussenpolitisch weitgehend abseits stehend – erscheint eine offene, unvoreingenommene sicherheitspolitische Debatte als ganz besonders schwierig. Es fehlt schlicht an echter militärischer und sicherheitspolitischer Erfahrung. Erstmals in ihrer Geschichte ist sie von lauter Freunden umgeben, die alle auch die Grundwerte einer offenen Gesellschaft mit demokratischen Einrichtungen praktizieren.

Ganz besonders schwer fällt uns, das sicherheitspolitische Denken und Handeln auf das erweiterte Umfeld, d.h. auf den europäischen Kontinent auszudehnen.

Die zentrale Frage ist, **ob die Leistungen die Armee inskünftig nicht besser im Rahmen europäischer Strukturen zu erbringen sind.**

**Wie verhalten wir uns im weltweiten Kampf gegen den Terrorismus?** Der Bundesrat hat seit dem 11. September 2001 wiederholt betont, gegenüber dem Terrorismus gebe es keine Neutralität. Die Schweiz muss rasch, unzweideutig und nachhaltig die internationalen Bemühungen zur Terrorbekämpfung unterstützen. Die Frage muss aufgeworfen werden, ob die Schweiz und ihre Bevölkerung hinreichend gegen Terrorismus gewappnet sind.

Es wäre zu wünschen, dass hierüber eine **breite öffentliche Debatte** in Gang kommt. Es gilt den Beweis zu erbringen, dass wir auch sicherheitspolitisch anpassungs- und reformfähig sind.

So sollten wir möglichst rasch **Truppen für Auslandseinsätze** zum Zwecke einer strategischen Vorverteidigung im europäischen Umfeld bereitstellen und sie mit all dem auszurüsten, was ebenso für Raumschutz und Verteidigung verwendet werden kann. Die **Teilnahme an friedenserhaltenden multinationalen Operationen ist realitätsgerecht.**

Schnelles Aufschliessen zu **internationalen Standards und Interoperabilität**, d.h. die Fähigkeit, mit Partnern im In- und Ausland zusammenzuarbeiten, muss sich notwendigerweise **auf die NATO und auf die EU ausrichten.** Erst die Übernahme von deren Arbeitsverfahren und Stabsstrukturen eröffnet der Schweiz die Möglichkeit der effizienten Zusammenarbeit mit unserem militärischen Umfeld. Die multinationale Verfestigung der Strukturen der NATO-Staaten ist derart weit fortgeschritten, dass die Schweiz, die sich vermutlich erst dann für eine enge Kooperation entscheiden möchte, wenn ihre Neutralität ernstlich bedroht wäre, wohl kaum mehr als gewichtige Partnerin in Frage käme.

Im Zentrum hat das auch **innenpolitisch begründete Interesse** zu stehen, **einen Beitrag zur Abwehr des Terrorismus zu leisten**, dessen Auswirkungen die Schweiz ebenfalls tangieren. Unser Land wird nicht darum herumkommen.

Die Mitglieder der **NATO bestimmen** im Bündnisfall, wieweit und mit welchen Mitteln sie sich den gemeinsamen Aktionen anschliessen wollen. Eigentlich müsste die Schweiz einem solchen Bündnis ohne Vorurteile und selbstbewusst näher kommen wollen, ohne um ihre Unabhängigkeit zu fürchten. Die in Artikel 1 des Nordatlantikvertrags festgehaltene Verpflichtung zur friedlichen Beilegung von Konflikten unter Mitgliedstaaten entspricht unserer eigenen Staatsphilosophie.

**Eine wirklich kohärente, überzeugende schweizerische Sicherheitsstrategie muss die Frage beantworten, ob die sicherheitspolitischen Interessen innerhalb oder ausserhalb der EU (und der NATO) besser zu wahren sind.**

Die Sicherheit der CH hängt in erster Linie von der Sicherheit in Europa ab. Deshalb muss unser erstes Interesse darin bestehen, diese Europäische Sicherheit zu vermehren und zu erhalten.

---